

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 7-8

Artikel: Afrika : zur Lage der Kirchen im heutigen Mozambique
Autor: EPD (Schweiz)
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142577>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage der Kirchen im heutigen Mozambique

Wer die Lage der Kirchen in der seit dem 25. Juni 1975 von der jahrhundertealten portugiesischen Kolonialherrschaft befreiten «Volksrepublik Mozambique» verstehen will, muß sich bestimmte Tatsachen vor Augen halten. Die Bevölkerung Mozambiques setzt sich wie überall in Afrika aus einer Vielzahl von Stämmen und Sippen mit unterschiedlichen Sprachen zusammen. Eines der vordringlichsten Probleme der neuen Regierung liegt darin, das herkömmliche Sippen- und Stammesdenken zugunsten eines nationalen Bewußtseins zu überwinden.

Von den rund 9 Millionen Einwohnern Mozambiques sind schätzungsweise die Hälfte sog. Animisten, das heißt Anhänger der afrikanischen «Urreligion». Sie glauben an naturhafte Geisterwesen und leben in geistiger Gemeinschaft mit den Seelen ihrer verstorbenen Sippenangehörigen. Die andere Hälfte der Bevölkerung ist «monotheistisch», das heißt glaubt an einen persönlichen Offenbarungsgott. 3 Millionen sind Anhänger des Islam und 1,5 Millionen bekennen sich zum Christentum, davon sind 1,3 Millionen römisch-katholisch, während etwa 350 000 verschiedenen protestantischen Kirchen angehören. Neben etwa 40 000 Anglikanern gibt es zwei verschiedene Methodistenkirchen, die sog. Vereinigte und die Freie, dann die Presbyterianische, die aus der Mission der reformierten Kirchen in der welschen Schweiz herausgewachsen ist, ferner Kongregationalisten und eine Kirche der Nazarenener, sowie verschiedene zwar kleine, aber dafür umso aktiveren Sekten, wie die Zeugen Jehovas.

Angesichts des zahlenmäßigen Uebergewichts der römisch-katholischen Christen und der Tatsache, daß diese Kirche sich während der ganzen Kolonialzeit mit dem portugiesischen Regime identifiziert hat, begreift man, weshalb die Regierung die erlangte Unabhängigkeit auch im Bereich der Kirchen durchsetzen will.

Trennung von Kirche und Staat

Auf diesem Hintergrund ist jene harte Rede des Staatspräsidenten Samora Machel einen Monat nach dem Unabhängigkeitstag zu verstehen, in der er die Verstaatlichung der kirchlichen Spitäler und Schulen ankündigte und gleichzeitig das Verhältnis des neuen Staates zu den Kirchen definierte: «Die Religion ist eine persönliche . . . Sache. Unser Staat, die Republik Mozambique, hat keine Religion. . . . Wir

wissen, daß Ihr (die Christen) uneins seid. Die katholische Kirche hat ihren Sitz im Vatikan. Andere sind Presbyterianer, mit der Schweiz verbunden. Sie denken an die Schweiz statt an Mozambique. Der Kopf ist in der Schweiz, der Körper in Mozambique. ... Der Schweizer denkt für den Mozambikaner, der 'Römer' denkt für den Mozambikaner. Weshalb denkt der Mozambikaner nicht für sich selbst? Weshalb haben jene Leute uns nicht befreit? ... Die Religion wird von manchen dazu benutzt, um die Entwicklung unseres Landes zu hemmen. Zehn Kriegsjahre waren zehn Jahre erfüllt von Massakern, von Untaten seitens des portugiesischen Kolonialismus, unterstützt von einigen Kirchen, die sich in Mozambique niederließen und die Welt wissen ließen, unsere Befreiung sei eine Sünde.»

In den folgenden Wochen wurden die kircheneigenen Spitäler und Schulen verstaatlicht. Deren Personal wurde vom Staat unter Vertrag genommen. Besonders für die medizinische Versorgung hatte dies katastrophale Folgen. Weil die meisten Chirurgen und Mediziner — vor der Unabhängigkeit sollen es gegen siebenhundert im ganzen Land gewesen sein — ausländischer Herkunft und teilweise kolonialistisch «vorbelastet» oder mit Rücksicht auf ihre Familien und die Ausbildung ihrer Kinder nicht gewillt waren, irgendwohin in den afrikanischen Busch zu gehen, verließen ihrer rund sechshundert das Land, so daß zunächst noch etwa achtzig ausgebildete Aerzte zur Verfügung waren. Auch von diesen soll nach zuverlässigen Informationen bis Ende 1975 die Hälfte den Dienst quittiert haben und in die Heimat zurückgekehrt sein. Es herrscht also auf dem Gebiet des Gesundheitswesens ein akuter Notstand.

Der anglikanische Weihbischof von Maputo, Dinis Sengulane, der kürzlich mit einer kleinen kirchlichen Delegation zu Gesprächen mit dem Oekumenischen Rat in Genf weilte, sagte unter anderem, daß in den letzten Wochen zusätzlich zu Spitäler und Schulen noch weitere, den Kirchen gehörende Gebäude — soweit diese nicht unmittelbar kirchlichen Zwecken dienen — verstaatlicht worden seien. Während diese neuesten Nationalisierungsmaßnahmen offensichtlich auf Anordnungen der Zentralregierung zurückzuführen sind und deshalb deren Anwendung im ganzen Land ziemlich einheitlich ist, haben die untergeordneten staatlichen Funktionäre auf Distrikts- und Ortsebene für allfälliges kirchenunfreundliches Verhalten viel Spielraum.

Die Verfassung garantiert Religionsfreiheit, aber . . .

Unabhängig voneinander bestätigten bei ihren kürzlichen Schweizer-aufenthalten sowohl Weihbischof Sengulane als auch der derzeitige Generalsekretär des Christenrates von Mozambique, Pfr. Isaac David Mahlalela, daß in ihrem Land Religionsfreiheit herrsche und die

Kirchen im Rahmen der ihnen durch die neuen Umstände zugestandenen Möglichkeiten ungehindert arbeiten könnten,, das heißt sie halten ihre Gottesdienste, erteilen Sonntagsschule, führen Jugendgruppen und bilden durch Bibelstunden die Erwachsenen weiter. Wenn Samora Machel einmal gesagt habe, er halte es nicht für gut, wenn Kinder unter achtzehn Jahren getauft würden, dann bedeute dies kein Verbot der Kindertaufe. Es könnte jedoch vorkommen, daß übereifrige Funktionäre in untergeordneter Stellung sich eigenmächtige Uebergriffe gegen die Kirche gestatteten. Als der Präsident am 31. Januar dieses Jahres den römisch-katholischen Erzbischof von Maputo, dessen Generalvikar und drei Vertreter der protestantischen Kirchen — darunter den anglikanischen Bischof — zu einem zweieinhalbstündigen Privatgespräch empfing, brachten sie gerade auch diesen Punkt im Sinn einer Beschwerde vor. Daraufhin versicherte ihnen Samora Machel, daß solche Uebergriffe illegal seien und er die Verantwortlichen der Kirche bitte, derartige Fälle zu melden, damit dafür gesorgt werden könne, daß den staatlichen Gesetzen gemäß gehandelt werde. Natürlich muß hier in Rechnung gestellt werden, daß mancherorts die betroffenen Geistlichen entweder aus Einschüchterung oder aus Unkenntnis der Rechtslage nicht zu protestieren wagen.

Die einschränkenden Maßnahmen des Staates treffen die römisch-katholische Kirche, die vor der Unabhängigkeit eine sehr privilegierte Stellung eingenommen hat, weit härter als die protestantischen Minderheiten. Die auf Seiten der FRELIMO mitschwingenden Ressentiments gegen Kirche und Christen sind vor allem durch die Erfahrungen mit der römisch-katholischen Kirche zur Kolonialzeit geprägt. Auch die Protestanten hatten sich damals mancherlei repressive Eingriffe gefallen lassen müssen. So wurden zum Beispiel vor wenigen Jahren auf Betreiben der römisch-katholischen Hierarchie mit einem Schlag etwa sechzig protestantische Schulen geschlossen. Daß die gleichen Leute nunmehr eine Verstaatlichung als das kleinere Uebel empfinden, dürfte einleuchten. Die FRELIMO-Regierung sieht sich vor die schwere Aufgabe gestellt, aus einer Vielzahl von Sippen und Stämmen eine Nation zu formen, das heißt allen zentrifugalen Kräften nach Möglichkeit den Boden zu entziehen. Zu diesen «Spaltpilzen» gehören auch die verschiedenen christlichen Konfessionen. Darum will man sie unter Kontrolle haben, vor allem aber auch verhindern, daß mit ausländischen Geldern allfällige subversive Bestrebungen gefördert werden.

Steuert Mozambique einen kommunistischen Kurs?

Diese besorgte Frage drängt sich gerade jetzt wieder auf, da Samora Machel von seinem Besuch in Moskau an der Spitze einer Regierungsdelegation zurückgekehrt ist und verlauten ließ, es gebe gegenwärtig

zwischen Rußland und Mozambique keinerlei Differenzen. Auf dieses Problem hin angesprochen, gab Pfr. Isaias Funzamo im letzten Dezember die Antwort: «Es ist schwierig für mich, diese Frage mit Ja oder Nein zu beantworten. Mozambique wird wahrscheinlich ein kommunistisches Land werden, doch wird sich dieser Kommunismus deutlich unterscheiden vom Kommunismus der Ostblockstaaten oder Chinas, der sich nur sehr schwer auf Afrika übertragen läßt. . . . Wir Afrikaner sind unserem Wesen nach sozialistisch, das heißt im Grunde gemeinschaftsliebend. Kommunismus oder Sozialismus — auf jeden Fall wird es ein typisch afrikanisches System sein. Es hat keinen Sinn, sich vor der Zukunft zu fürchten; wir wissen ganz einfach noch nicht, wie die politische Lage sein wird. Was wir aber wissen ist, daß die Kirchen ihre Arbeit in Mozambique fortsetzen werden.» Die Entwicklung scheint diesen Worten recht zu geben. Wohl hat Moskau die DDR mit der Aufgabe betreut, den jungen afrikanischen Staat Mozambique zu «bemuttern». Bezeichnenderweise erhielt aber nach der V. Vollversammlung des Oekumenischen Rates in Nairobi gerade die DDR-Delegation kein Einreisevisum nach Mozambique.

Ob es uns paßt oder nicht: Wir hier im Westen müssen uns endlich von den platten Clichés lösen, die da heißen: «Westen gut», «Osten böse». Denn schließlich war es der «gute Westen», der mit der Kolonialzeit wesentlich mitgeholfen hat, all die schwierigen Probleme zu schaffen, die die jungen afrikanischen Staaten nun zum Teil von einem Tag auf den andern und ohne entsprechende Vorbereitung selbst lösen sollen. Sie stehen zudem allesamt auf wirtschaftlich schwachen Füßen und sind auf substanzelle Hilfe aus dem Ausland dringend angewiesen. Daß sie um diese Hilfe beim Ostblock oder in China und nicht bei jenen Mächten nachsuchen, die jahrhundertelang ihre Kolonialherren waren, sollte nicht verwundern. Gerade in diesem Kräftespiel hat der Oekumenische Rat von Anfang an durch die Unterstützung der Befreiungsbewegungen versucht, eine dritte Möglichkeit der Hilfe im Sinn uneigennütziger Nächstenliebe und auf der Basis «Vertrauen gegen Vertrauen» zu praktizieren. Denn letztlich geht es nicht um dieses oder jenes Gesellschaftssystem, es geht um Menschen in akuter Not und elementarer Hilfsbedürftigkeit. Gerade in der jetzt schwierigen Situation kommt es sehr darauf an, daß wir diese brüderlich-mitmenschliche Komponente erkennen und uns von ihr leiten lassen, indem wir sagen: Jetzt muß erst recht geholfen werden! (Hans A. Frei im Christkatholischen Kirchenblatt vom 5. Juni 1976; gekürzt).

Schweizer Kirchen brechen nicht mit Mozambique

Die protestantischen Kirchen der welschen Schweiz werden ihre Verbindung zu Mozambique nicht abbrechen, weil sich dort ein sozialisti-

sches System etabliert hat. Diesen Entschluß faßte die Missionssynode dieser sieben Kirchen, deren missionarische Aktivitäten im Département missionnaire in Lausanne zusammengefaßt sind, Ende Mai in Monthey. Da die Hilfe den Menschen gelte, dürfe die Kirche keine Unterschiede der Hautfarbe, Rasse oder der politischen Systeme machen. Deshalb lehnt das Département missionaires, das zur Zeit 169 Mitarbeiter in zwanzig Ländern beschäftigt, einen Rückzug seiner Mitarbeiter aus Mozambique ebenso ab wie einen Rückzug aus Südafrika wegen des Systems der Apartheid.

EPD (Schweiz)

Missionarsflucht aus unabhängigen Staaten?

Auf den weiteren dringenden Bedarf der afrikanischen Kirchen an ausländischen Missionaren hat der methodistische Bischof Emilio de Carvalho aus Angola hingewiesen. Es sei sehr zu bedauern, erklärte er auf einer Tagung in Lincoln City (Oregon), daß der Unabhängigkeitserklärung afrikanischer Staaten meist schon bald ein «Exodus» der weißen Missionare folge. «Ich kann das nicht verstehen», sagte Carvalho. «Sie haben es jahrelang unter dem Kolonialregime ausgehalten, aber die Herrschaft der Befreiten scheint ihnen nicht zu gefallen.» Es wäre ein böses Zeichen, daraus folgern zu müssen, daß die Kirche sich selbst nur in kapitalistischen Staaten Ueberlebenschancen ausrechne. «Mit der Bibel hat das nichts mehr zu tun, denn die ist sehr sozialistisch», meinte der Bischof.

EPD (Schweiz)

Indien unter der Diktatur der Frau Gandhi

Der Name «Gandhi» hat einen ominösen Beiklang erhalten. Mahatma Gandhi führte seinerzeit die indischen Völker aus den Leiden der Kolonialzeit zur Errichtung eines eigenen freien Staates. Zugleich suchte er ihnen zur die Gesellschaft fördernden Selbstregierung demokratische Spielregeln beizubringen. Frau Gandhi, die jetzige Führerin der von Mahatma Gandhi's Zeiten an regierenden Kongreßpartei, die aber inzwischen weitgehend korrupt geworden ist, warf in ihrer Machtbesessenheit die indischen Völker wieder in ihre ehemalige Untertanenstellung zurück.

Hat man etwas Einsicht genommen in die Vielgestaltigkeit des 600 Millionenstaates,

- seine gesellschaftlichen Probleme, die durch das Kastenwesen und religiöse Vorurteile, Analfabetismus und schulische Rückständigkeit,
- seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die einem Agrarstaat mit einer sehr armen Bevölkerung heute besonders schwer aufliegen,